

PARLAMENTSTICKER

AUS DER STADTBÜRGERSCHAFT | 25. JANUAR 2022



NEUE FORM DER BÜRGER:INNENBETEILIGUNG FÜR BREMEN

Bremen weitet die Möglichkeiten der Bürger:innenbeteiligung aus. Als Ergänzung zu den bereits bestehenden Formaten und Gremien sollen sich Bürger:innenforen mit konkreten Fragestellungen befassen. Einen entsprechenden Antrag der rot-grün-roten Koalition hat die Bürgerschaft heute beschlossen und den Senat mit der Erstellung eines Konzeptes beauftragt. „Darin sehen wir die Chance, Menschen am politischen Willensbildungsprozess teilhaben zu lassen, die bisher leider eher unterrepräsentiert sind“, sagte Muhammet Tokmak, Sprecher der SPD-Fraktion für Bürgerbeteiligung. „Wir wollen Menschen Gehör verschaffen, die sich bisher nicht in anderen Beteiligungsprojekten engagieren.“

Bremen verfüge über eine lange und erfolgreiche Tradition bei der Bürger:innenbeteiligung, betonte Tokmak in seiner Rede. „Die Beteiligung von Bürger:innen wird in Bremen schon immer als wichtiger und bereichernder Bestandteil für politische Entscheidungsprozesse angesehen“, sagte er. Gleichwohl finde diese Beteiligung bislang oft durch eine ähnliche Klientel statt.

„Den Menschen, die sich hier engagieren, gebührt Lob und Dank, ihre Beteiligung ist ein Gewinn für die Demokratie“, so Tokmak weiter. „Aber mit der Einführung von Bürger:innenforen verbindet sich die Hoffnung und der Glaube, eben diesen Kreis von Menschen, die sich engagieren und vor allem die gehört werden, zu erweitern. Je mehr Menschen

unterschiedlichster Herkunft oder mit unterschiedlichsten Voraussetzungen gehört werden, desto mehr Akzeptanz gibt es und desto besser wird am Ende auch eine Entscheidung.“

Gelingen soll dies, indem die Teilnehmer:innen der Foren zufällig ausgewählt werden. „Wir wollen die Entscheidungsfindung verbessern, indem wir neue, innovative Formen des Bürgerdialogs durch Bürger:innenforen nutzen, ohne das Prinzip der Repräsentation aufzugeben“, erklärte Tokmak, stellte aber auch klar, dass dies eine Ergänzung zu bestehenden Beteiligungsformaten und Gremien sein solle und kein Ersatz. „Uns ist wichtig, dass Bürger:innenforen nicht Entscheidungen vornehmen, die den Beiräten obliegen. Hier gilt es, Kompetenzen zu be-

rücksichtigen und nicht zu beschneiden“

„Wir wollen Bürger:innenforen zu konkreten Fragestellungen wie zum Beispiel die Sicherheit und Sauberkeit in den Quartieren einsetzen und organisieren“, erklärte Tokmak und mahnte: „Dabei müssen wir natürlich auch darauf achten, dass die Empfehlungen und Ergebnisse die in Bürger:innenforen getroffen und gefunden werden, auch im späteren Verlauf berücksichtigt werden. Sie müssen in politischen Gremien beachtet werden. Denn es darf nicht der Fall eintreten, dass diese Teilnehmenden das Gefühl haben, ihre Arbeit sei umsonst.“

>Antrag: Mit Bürger*innenforen die Bürgerbeteiligung in Bremen stärken!
<http://bit.ly/buergerinnenforen>

FLÄCHE FÜR HUNDEAUSLAUF SOLL AUCH IN WALLE ENTSTEHEN

Eine Fläche im Waller Park soll auf die Liste potenzieller Freilaufflächen für Hunde aufgenommen werden. Mit einer entsprechenden Petition hatte sich zunächst der zuständige Ausschuss befasst und diese positiv beschieden. Heute nun nahm die Bürgerschaft von der Entscheidung des Ausschusses offiziell Kenntnis.



„Hunde können nicht nur in der Wohnung bleiben, sie brauchen entsprechenden Auslauf“, sagte der SPD-Abgeordnete Falk Wagner heute in seiner Rede in der Stadtbürgerschaft. Daher müsse dafür gesorgt werden, dass es ausreichend Hundefreilaufflächen in der Stadt gebe. „Für viele Hunde ist es unerlässlich, einfach mal herumzutoben, mit Artgenossen zu spielen und sich auszupowern. Dies geht schwer-



Falk Wagner

lich an der Leine in der Stadt bei einem Spaziergang. Dafür braucht es Freilaufflächen – und das in Stadtteilen mit wenigen Grünflächen wie Walle genauso wie anderenorts. Deshalb ist es richtig, auch im Waller

Park eine – keineswegs riesige, aber doch alltagstaugliche – Auslaufgelegenheit zu schaffen“, so der Sozialdemokrat.

Angesichts der zunehmenden Zahl von Hunden in Bremen – nicht zuletzt hätten sich während der Corona-Pandemie immer mehr Bürger:innen dazu entschieden, sich einen Hund anzuschaffen – gebe es also eine Notwendigkeit, über weitere Hundefreilaufflächen nachzudenken, sagte Wagner. Das zuständige Ressort sei hier bereits tätig und prüfe, wo solche Flächen möglich wären. Doch eigne sich dabei nicht jede Fläche, das umliegende Gebiet, die Beschaffenheit, Erreichbarkeit, Größe und Lage müssten dabei beachtet werden. Das Ressort habe daher eine Liste mit 14 Flächen erstellt, die für den Hundefreilauf in Frage kommen – und gemäß der Petition und dem Votum des Ausschusses solle die Fläche im Waller Park nun auch in diese

Liste aufgenommen werden, erklärte Wagner.

„Es ist jetzt Zeit, die Flächen in die Umsetzung zu bringen, sodass sie zeitnah von den Menschen und vierbeinigen Freunden genutzt werden können. Gleichzeitig sollte die Behörde mit der Prüfung von Flächen nicht abschließen. Wir sollten auch weiterhin prüfen, ob sich bei bisher nicht geeigneten Flächen die Rahmenbedingungen verändert haben und sie nun als Hundefreilauffläche in Frage kommen“, forderte Wagner und betonte abschließend: „Hundefreilaufflächen sind für die Tiere nicht nur schön, sie sind auch wichtig. Unser Ziel sollte deshalb sein, dass Hundefreilaufflächen ein ganz alltäglicher Bestandteil der sozialen Infrastruktur in den Quartieren werden. Ich freue mich, dass wir heute einen weiteren Schritt auf diesem Weg machen.“

FRAGESTUNDE DIGITALE BÜRGER:INNENBETEILIGUNG?

Hamburg setzt seit geraumer Zeit ein Werkzeug zur digitalen Bürger:innenbeteiligung ein. Dieses Werkzeug wird nun auch in Bremen erprobt. In der heutigen Fragestunde wollte Muhammet Tokmak, Sprecher der SPD-Fraktion für Bürger:innenbeteiligung, vom Senat wissen, wie dieser mit dem Tool umgeht und wer sich konkret zu welchen Bereichen äußern kann.

Das Digitale Partizipationssystem – kurz: DIPAS – werde ergänzend zu bisherigen Beteiligungsformaten eingesetzt, so Bürgermeisterin Maike Schaefer für den Senat. „Grundsätzlich kann sich jeder:r Bürger:in mit Lob, Kritik, Anregungen und Fragen in dem jeweiligen Verfahren beteiligen“, so Schaefer weiter.

„Bei Verfahren innerhalb eines Quartiers ist geplant, bei der Eingabe eines Beitrags zum Beispiel zusätzliche Angaben zu Kategorien wie Anwohner:in in einem Quartier oder Straßenzug, Gewerbetreibende oder Hinweise auf sonstige Anliegen zu erheben“. Hierdurch sei es möglich, Beiträge entsprechend zu gewichten. Ob zu eventuellen Verfahren überhaupt Anregungen aus anderen Stadtteilen kämen, könne noch nicht beantwortet werden, betonte Schaefer auf Nachfrage. Zudem sei das Digitale Partizipationssystem auch nicht als Werkzeug zur Beteiligung in Nutzung, sondern diene aktuell der Information der Bürger:innen – „und“, so die Bürgermeisterin, „um uns Lob, Kritik und Anregungen aus den Stadtteilen abzuholen“.